

Für den Landkreis Göppingen in Berlin



Ausgabe Nr. 24 Mai 2015

SPD

Liebe Leserinnen und Leser, liebe Freundinnen und Freunde im Landkreis Göppingen,

die ganze Spannweite der gesundheitspolitischen Themen habe ich am letzten Mittwoch erlebt. Ab halb acht Uhr morgens die Anhörung zur möglichen Abschaffung der Pflegenoten, dann eine Stunde Anhörung zum ersten Schritt der Einführung des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs. Ab zehn Uhr Gesundheitsausschuss zu Themen wie Ebola, Whistleblower-Schutz, gesunde Ernährung und Sportbericht der Bundesregierung. Am Nachmittag folgten ein Fachgespräch zum Thema „Reha vor Pflege“ und eine Expertenrunde zum Entgeltsystem in der Psychiatrie. Am Abend haben wir unseren Gruppenantrags zur Sterbehilfe fraktionsübergreifend vorgestellt. Und zwischendrin ein schöner Besuch aus Deggingen— Gespräch mit Schülerinnen und Schülern der dortigen Realschule. Es ist also viel in Bewegung im politischen Berlin. Das zeigt sich nicht nur im Feld der Gesundheitspolitik.

Erfreulich war diese Woche die Nachricht, dass die deutsche Wirtschaft trotz der wackligen Weltkonjunktur weiterhin wächst. Stütze der Konjunktur bleibt der Konsum. Bund, Länder und Kommunen haben dadurch mehr Spielraum für Investitionen.

Unser Land steht gut da, weil insbesondere wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten dafür sor-

gen, dass der wirtschaftliche Erfolg auch zu mehr sozialer Sicherheit für Viele führt. So hat der Mindestlohn zu mehr sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung geführt und die Zahl der geringfügig Beschäftigten sinkt. Gleichzeitig gab es kräftige Lohnabschlüsse, zum Beispiel im öffentlichen Dienst. In einem weltwirtschaftlichen Klima, das keine starken Exporte zulässt, ist es die Nachfrage im eigenen Land, die den Laden am Laufen hält. Darüber können wir froh sein.

Gemeinsam mit unserem Koalitionspartner haben wir schon viele wichtige Vorhaben umgesetzt. In der Sache haben wir dabei durchaus oft unterschiedliche Auffassungen und müssen um so manche Lösung miteinander ringen. Das war nicht anders zu erwarten, wenn Parteien miteinander eine Koalition eingehen, die so unterschiedliche Politikstile und -ziele vertreten. Aber wir haben miteinander noch einiges vor und ich werde meinen Beitrag dazu leisten.

Ich wünsche Ihnen und Euch allen schöne Pfingsttage!



www.heike-baehrens.de



www.facebook.com/baehrensmdb



Vorrang für Mensch und Natur—Nein zu Fracking!

Unkonventionelles Fracking ist mit unabsehbaren Risiken verbunden. Es ist darum dringend notwendig, sehr enge Grenzen zu setzen für den Einsatz dieser Technologie. Deshalb ist der Gesetzentwurf aus dem Umweltministerium ein wichtiger Schritt, um Menschen und Natur vor unkalkulierbaren Gefahren zu schützen. Denn im Moment gibt es gar keine gesetzliche Regelung, noch ist alles erlaubt.

Unsere Ministerin Barbara Hendricks hat bei der 1. Lesung im Plenum klar gemacht, dass sie selbst durchaus für eine Verschärfung des jetzigen Entwurfs offen wäre. Ich teile ihre Zweifel, ob die Technologie für unsere Energiepolitik überhaupt notwendig ist. Der Schutz des Trinkwassers muss absoluten Vorrang vor wirtschaftlichen Interessen haben.



Grundrechte beachten

NSA und BND arbeiten zusammen, um die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger zu verbessern. Mit einer solchen Kooperation sollen Gefahren des internationalen Terrorismus abgewehrt werden.

Derzeit steht der BND jedoch unter Verdacht, der US-Regierung geholfen zu haben, Unternehmen und politische Institutionen in Europa auszuspionieren. Das wäre völlig inakzeptabel und darum setzen wir uns für eine rasche Aufklärung ein.

Die Abgeordneten des Geheimdienst-Kontrollgremiums und des NSA-Untersuchungsausschusses müssen deshalb die entscheidenden Unterlagen einsehen können.

Eine deutsche Behörde hat deutsche Grundrechte zu beachten. Für diesen Grundsatz setzen sich unsere Regierungsmitglieder ein.

Die Rahmenbedingungen der Geheimdienstarbeit müssen dringend überprüft und entsprechend angepasst werden. Die Volksvertretung braucht bessere Möglichkeiten, um die Arbeit der Geheimdienste zu kontrollieren.



Berufsbildung 2015

Die Lage der Jugendlichen auf dem Ausbildungsmarkt hat sich verbessert. Dennoch entscheiden sich immer weniger junge Leute für eine Ausbildung in einem Betrieb. Der Berufsbildungsbericht 2015 stellt deshalb die Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Ausbildung in den Mittelpunkt. Heute wechseln immer mehr junge Menschen zwischen beiden Systemen. Das ist gut, weil es mehr Chancen für jeden einzelnen bedeutet. Bei den vielen Möglichkeiten, die heute zur Verfügung stehen,

kommt es darauf an, gut informiert zu sein, wenn es um die Frage „Ausbildung oder Studium?“ geht. Es werden deshalb neue Konzepte entwickelt, damit es künftig weniger Ausbildungs- und Studienabbrüche gibt. Auch die berufliche Weiterbildung soll in Zukunft noch besser gefördert und ausgeweitet werden. Außerdem wollen wir mehr junge Menschen mit Migrationshintergrund von einer dualen Ausbildung überzeugen.



Mit Ma(a)ss und Mitte

Daten sammeln, um Anschläge zu verhindern: Die Idee der Vorratsdatenspeicherung klingt einfach. Internet- und Telefonverbindungsdaten, sog. Verkehrsdaten, werden ohne konkreten Anlass für eine bestimmte Zeit gespeichert. Die Hoffnung ist, dass Ermittlungsbehörden so das Kommunikationsverhalten von Verdächtigen nachvollziehen und Anschläge schneller aufklären, bestenfalls sogar verhindern können. Doch die Umsetzung ist schwierig, weil das Recht auf Datenschutz und informationelle Selbstbestimmung tangiert wird, das grundgesetzlich verbrieft ist. Als SPD-Bundestagsfraktion haben

Telekommunikationsanbieter zur Speicherung von genau bezeichneten Verkehrsdaten mit Ausnahme von E-Mails eingeführt werden. Diese gespeicherten Daten müssen unverzüglich nach Ablauf der Speicherfrist gelöscht werden. In der Strafprozessordnung (StPO) wird der Abruf dieser Daten mit einem engen Straftatenkatalog, strengem Richtervorbehalt und weiteren, eng definierten Voraussetzungen zur Gewährleistung der Grundrechte und der Verhältnismäßigkeit geregelt. Oberste Richtschnur sind die strengen Vorgaben des Bundesverfassungsgerichtes und des Europäischen Gerichtshofes.



wir diese Fragen in dieser Woche intensiv mit Experten bei einem fraktionsoffenen Abend diskutiert.

Um diese Balance zwischen Freiheit und Sicherheit zu bewahren, hat Bundesjustizminister Heiko Maas einen Gesetzesvorschlag vorgelegt, der mit klaren Regeln für die Speicherung unserer Daten beides gegeneinander abwägt. Im Telekommunikationsgesetz (TKG) soll eine eng begrenzte Pflicht für alle

Der Abruf der Daten ist nur zur Verfolgung von schwersten Straftaten zulässig, wie insbesondere terroristische Straftaten und Straftaten gegen Leib, Leben oder sexuelle Selbstbestimmung. Wenn Daten abgerufen werden, müssen die Betroffenen grundsätzlich darüber informiert werden.



Gute Arbeit



Heike Baehrens beim landesweite Aktionstag ‚Pflege am Boden‘ in Stuttgart

Die Aktion ‚Pflege am Boden‘ hat auf die Situation in der Pflege aufmerksam gemacht und bundesweit die politisch Verantwortlichen herausgefordert, die Rahmenbedingungen zu verbessern. Nun ist der Zeitpunkt gekommen, vom „Boden“ aufzustehen und als Pflegenden selbstbewusst aufzutreten. Im Pflegestärkungsgesetz wurden wesentliche Verbesserungen beschlossen. So haben wir als SPD erreicht, dass zukünftig das Zahlen von Tarifgehältern in der Pflege nicht mehr als unwirtschaftlich zurückgewiesen werden kann. Denn Pflege braucht nicht nur nette Worte, sondern auch konkrete Anerkennung durch ordentliche Gehälter.



Für eine funktionierende Sozialpartnerschaft

Nach unserem Grundgesetz tragen die Sozialpartner die Verantwortung für den fairen Ausgleich der Interessen von Beschäftigten und Arbeitgebern. Tarifautonomie und Tarifpartnerschaft haben einen großen Anteil am wirtschaftlichen Erfolg Deutschlands. Voraussetzung dafür sind starke Gewerkschaften, die das Wohl aller Beschäftigten im Blick behalten und dafür sorgen, dass Arbeit die Wertschätzung erhält, die sie verdient.



Bild: © SPD-Landesverband Baden-Württemberg

Mit dem Gesetz zur Tarifeinheit gehen wir nun – nach Stärkung der Allgemeinverbindlichkeit und

Mindestlohn – einen weiteren wichtigen Schritt, um die Tarifautonomie zu stärken. Damit kommen wir auch der Aufforderung der Sozialpartner nach, die nach der geänderten Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts im Jahr 2010 eine gesetzliche Regelung zur Tarifeinheit gefordert haben. Das Gericht hatte den bis dahin geltenden Grundsatz „Ein Betrieb, ein Tarifvertrag“ aufgehoben. Zuvor hatte sich die Tarifeinheit 60 Jahre lang bewährt - auch für kleinere Gewerkschaften, wie etwa die Lokführergewerkschaft GDL. Wir wollen mit dem Gesetz die Zusammenarbeit fördern. Das Tarifeinheitsgesetz schafft Spielregeln für den Konfliktfall, damit die Interessen der Beschäftigten auch dann im Vordergrund stehen, wenn zwei oder mehrere Gewerkschaften miteinander in Konkurrenz stehen. Wir wollen weder das Streikrecht, noch die Koalitionsfreiheit antasten. Stattdessen wollen wir mit dem Tarifeinheitsgesetz die Solidarität zwischen den Arbeitnehmervertretungen fördern, damit sie geschlossener die Interessen der Belegschaft gegenüber den Arbeitgebern vertreten können.



Junge Wirtschaft im Deutschen Bundestag



Heike Baehrens und die Wirtschafts juniorin Sandra Häusser

„Eine Woche lang durfte ich an der Seite von Frau Baehrens einen Einblick in das politische Berlin bekommen. Innerhalb des Projekts Know-how-Transfer der Wirtschafts juniorinnen Deutschland hatte

ich die Chance, Frau Baehrens auf Schritt und Tritt zu begleiten...“

[Lesen Sie Frau Häussers ganzen Bericht auf meiner Website](#)



Klein, aber fein

Die Kunstwerkstätte für Böhmlötenbau der Familie Mehnert ist weltweit einzigartig. Nur hier bekommt man maßgeschneiderte und ausschließlich handgefertigte Querflöten und Piccolos. Das im schwäbischen Ottenbach gelegene Familienunternehmen produziert hier bereits seit über 110 Jahren. Flötistinnen und Flötisten aus der ganzen Welt schätzen die Arbeit der kleinen, mit drei Meistern besetzte Werkstatt.



Heike Baehrens mit Tino und Bernd Mehnert in Ihrer Flötenwerkstatt



Heike Baehrens zusammen mit Schülerinnen und Schülern der 12. Klasse der Kaufmännischen Schule Göppingen

Zum Europatag bei...

...der Klasse 12 der Kaufmännischen Schule Göppingen. Im politischen Gespräch habe ich eine sehr interessierte und engagierte Schulklasse erlebt.



Tosca's American Dream

„Hallo, mein Name ist Tosca Haselberger und ich bin stolze Teilnehmerin des 31. PPP (Parlamentarisches Patenschaftsprogramm). Ich habe die Ehre als "Austausch-Patenkind" von Heike Baehrens (MdB, SPD) ein Jahr in Nordamerika zu verbringen...“

[Lesen Sie Toscas ganzen Bericht auf meiner Website](#)





Termine 25. Mai - 05. Juni 2015

Dienstag, 26. Mai, 14:30 Uhr
SPD 60-Plus, TV Jahn Göppingen

16:00 Uhr bis 18:00 Uhr
Bürgersprechstunde im Bürgerbüro

Donnerstag, 28. Mai, 10:00 Uhr bis 16:30 Uhr
Ortsbesuch Bad Überkingen

Montag, 01. Juni, 14:30 Uhr
Besuch der Hochschule Geislingen

18:15 Uhr
Helfensteinklinik Geislingen

Dienstag, 02. Juni, 10:00 Uhr bis 13:30 Uhr
Ortsbesuch Zell unter Aichelberg

19:00 Uhr
Gespräch zum Mindestlohn
Handels- und Gewerbeverein Uhingen

Mittwoch, 03. Juni bis Sonntag, 07. Juni
Deutscher Evangelischer Kirchentag in Stuttgart

Montag, 08. Juni bis Freitag, 12. Juni
Sitzungswoche in Berlin

Erfolg Mindestlohn



Der Mindestlohn schützt Millionen von Beschäftigten vor Lohndumping. Das ist ein historischer Schritt für unser Land. Der Mindestlohn stärkt die Binnennachfrage und damit auch den Arbeitsmarkt.



Bürgerbüro



Roth Carré Schillerplatz 10
73033 Göppingen



Tel: 07161 / 988 35 46
Fax: 07161 / 5048274

Deutscher Bundestag



Platz der Republik 1
11011 Berlin



Tel: 030 / 227 74157
Fax: 030 / 227 70159



www.heike-baehrens.de



www.facebook.com/baehrensmdb